

14 | Mai 1975

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 2 Was hat Staberl gegen die UNO?
- 4 Apropos: Jahr der Frau
- 7 Uni news
- 8 Club-Programm
- 12 Interview mit MES-Genossen (Portugal)
- 14 Interview mit V.R. de la Fuente (MIR, Chile)



1. MAI '75

Nach Jahrzehnten "Prosperität", "Wirtschaftswunder", "Konjunktur", sprechen die bürgerlichen Fachleute und Verteidiger des kapitalistischen Systems nun von "Rezession". Sie sprechen von "Stagflation" -- Stagnation und Inflation in einem -- sie reden von "Strukturbereinigung". Für über eine Million Arbeiter in der BRD heißt das schlicht und einfach "stempeln", für Millionen Arbeiter und Angestellte in Italien, Frankreich und England heißt das, daß sie für das zum täglichen Leben Notwendige nun täglich mehr und mehr Geld hinlegen müssen; das heißt für die Köf-lacher Arbeiter, für die Beschäftigten

von Swarowsky und ... (die Liste könnte fortgesetzt werden), den Verlust des Arbeitsplatzes, Existenzangst. Was der Kapitalist schlicht als "Konkurs" bezeichnet -- bei dem er zuguterletzt sich einen Großteil seiner Zahlungsverpflichtungen schenken läßt -- heißt für die Arbeiter Auf-dem-Pflaster-liegen.

Der 1. Mai 1975 steht im Zeichen dieser weltweiten Entwicklung, der bisher tiefsten und schärfsten Krise des kapitalistischen Systems seit dem 2. Weltkrieg. Sie trifft Österreich noch nicht in ihrer vollen Wucht, aber es wird auch hier nicht so glimpf-

lich abgehen wie 1969, als sich in der BRD die ersten Anzeichen des Endes einer Periode ungehemmter Kapitalakkumulation ankündigten. In Österreich trifft die Krise aber eine Arbeiterschaft, die von einer Sozialdemokratie à la Kreisky und Benya weitgehend entpolitisiert und das heißt eben entmündigt wurde. Sie lebt heute noch tief versunken im Un-Geist der Sozialpartnerschaft, jener großen Illusion, deren Motto lautet: "Leben und leben lassen". Wenn die österreichische Arbeiterschaft nun mit einem Paukenschlag aus diesem Däm-



Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt !

KARL MARX

offensiv links

OFFENSIV, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst verändern.

LINKS, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33a, Tel.: 34-67-145

Vertrieb: 1040 Wien, Belvedereg. 10
Tel.: 65-19-52

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- jährlich

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien

Fortsetzung von Seite 1

1. MAI '75

menschlaff gerissen wird, wie wird sie reagieren, wie wird sie agieren? Wird sie, wie die Arbeiter und Angestellten anderer westeuropäischer Länder im "Sozialpartner" den Klassegegner erkennen und gegen ihn den Kampf aufnehmen? Hier werden die Auswirkungen der internationalen Klassenkämpfe auf das Bewußtsein keine geringe Rolle spielen. Denn die ökonomische Krise des Imperialismus, der amerikanischen, japanischen und westeuropäischen Monopole fällt mit einer politischen und moralischen Führungskrise der gesamten imperialistischen Welt zusammen, zu der am Rande auch Österreich gehört.

Der 1. Mai 1975 ist - weltweit gesehen - ein roter 1. Mai, er steht auch im Zeichen des Zusammenbruchs der Marionettenregimes der USA in Indochina, des Sieges der nationalen Befreiungskräfte. Er steht im Zeichen der Erschütterung des aggressiven NATO-Bündnisses in Westeuropa durch die Entwicklung in Zypern und Griechenland, durch den Sturz des Faschismus in Portugal, der zum Kollaps des lusitanischen Kolonialsystems in Afrika, in Angola, Mozambique, Guinea-Bissau und Kap-Verden geführt hat. In Spanien wird der Faschismus mit Franco ebenfalls ins Grab sinken. In Italien und Frankreich kündigen sich entscheidende Auseinandersetzungen zwischen den Klassen an, die weit über die Bedeutung von ökonomischen Kämpfen

hinausragen werden. Werden diese Beispiele auch in Österreich wirken, wird ihre Bedeutung und ihr Gehalt auch von der österreichischen Arbeiterschaft verstanden werden ?

Vieles hängt davon ab, ob die Kreml-Bürokratie in der nächsten Zeit positive Änderungen in ihrer Innen- und Außenpolitik vornimmt, vor allem aber alles vermeidet, was zu ähnlichen Katastrophen führen könnte wie die Intervention zu Prag 1968. (Husaks Erklärung auf den Brief Dubceks, in welchem er an der jetzigen Politik der Prager Führung Kritik übt: Dubcek soll sich in den Westen scheren, ist nicht nur jämmerlich und feig, sie ist beste und willkommenste Nahrung für den Antikommunismus in den westlichen Ländern. Diese Art von politischer Argumentation entspricht genau der an westliche Kommunisten gerichtete Aufforderung der Reaktion: "Geht doch in den Osten!")

Daher kommt es vor allem auf die unsektiererische und undogmatische, auf eine neue Linke an. Wenn es ihr gelingt, in der Arbeiterschaft ein neues Vertrauen für den Sozialismus zu wecken, Klassenkämpfe korrekt zu unterstützen, sich in den Betrieben und an den Hochschulen, in den Städten und Gemeinden zu verankern, ist alle Hoffnung berechtigt, daß auch in Österreich ein Aufschwung der fortschrittlichen Kräfte eine Entwicklung ermöglicht, an deren Ende eine sozialistische Gesellschaft entsteht.

Z.P. ★

Was hat Staberl gegen die UNO ?

Nicht nur die UNO-City ist ein ständiger Angriffspunkt des Herrn Nimmerrichter. Ihm paßt die ganze Richtung nicht. In schöner Regelmäßigkeit zürnt er, daß "in den Niederungen der UNO mit dem massiven Stimmenblock der kommunistischen und der unterentwickelten Staaten" gegen US-Interessen "wahrhaft schändliche Dokumente" beschlossen werden, von Analphabeten. Dazu war die UNO ja wirklich nicht gegründet worden.

War schon der Eintritt der VR China 1971 - nach jahrzehntelanger Blockierung durch ein US-Veto - dem Musterbürger ein Dorn im Auge, so brachte offenbar die letzte Session das Faß vollends zum Überlaufen. Und Staberl machte sich wie immer zum Sprecher der Kleinbürger. Er kann es einfach nicht fassen, daß "der internationale Politgangster Arafat" minutenlang stürmisch bejubelt wird. Und die USA finanzieren dabei noch einen erheblichen Teil

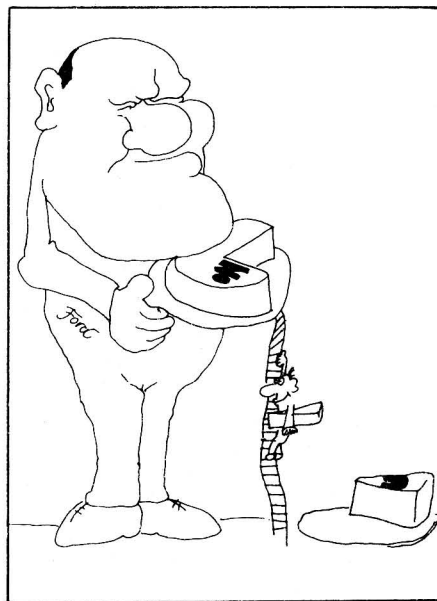
des 290-Millionen-Dollar-Haushaltes, nämlich genau 25%. Es ist zu verwirrend.

Nun, die letzte Session hat die schon seit längerem vorhandene Tendenzwende in der UNO tatsächlich offenkundig gemacht. Unter der fähigen Geschäftsführung des algerischen Außenministers Bouteflika konnten die Länder der Dritten Welt einige spektakuläre Coups landen wie etwa den Arafat-Auftritt und eine zunehmende Isolierung Israels. Sie standen dabei einer unsicher gewordenen Front hochentwickelter kapitalistischer Länder gegenüber. Und auch einer zunehmend verwirrteren Sowjetunion. Das nimmt nicht wunder, ist doch die Geschichte der UNO zugleich eine Geschichte sowjetischer Unfähigkeit.

Als die UNO gegründet wurde (offiziell 1945, de facto 1942), wurde sie es im Zeichen des antifaschistischen Kampfes. Und die UdSSR fiel darauf herein. Kaum war der Krieg vorüber und der Kalte Krieg im Gang, fand sich das damals noch kleine sowjetische Lager, obgleich aufgefettet durch einige Tricks, in einer hoffnungslosen Minderheit. Die UNO war als imperialistisches Machtinstrument der USA konstruiert und funktionierte als solches eine Zeit lang blendend.

Allein die Anzahl der Vetos der Großmächte spricht Bände: um sich irgendwie zu behaupten, mußten die Sowjets dauernd dieses Instrument einsetzen und brachten es auf weit über 100, während die anderen vier Staaten zusammen keine zwei Dutzend benötigten. Trotzdem konnte der Sicherheitsrat 1950 Nord-Korea zum Aggressor erklären und die USA mit der Kriegsführung beauftragen – die Sowjetunion hatte sich nämlich gerade "rechtzeitig" zurückgezogen. Dafür befürwortete sie 1960 den Kongo-Einsatz – und kam nach einer Woche drauf, daß sie dabei wieder einem imperialistischen Manöver aufgesessen war. Danach schien es kurze Zeit, als hätte sie Aufwind, bis sie merkte, daß die Blockfreien selbständiger wurden. Inzwischen findet sie sich in der unangenehmen Lage, in der Generalversammlung mit der Dritten Welt stimmen zu müssen, oft gegen ihre Interessen, aber um nicht jeden Kredit zu verlieren.

Doch die Optik ist verzerrt. Tatsächlich ist die Generalversammlung wenig mehr als ein Propagandaforum. Beide Supermächte finden sich im einträchtigen Bemühen, ihr gegenüber den Sicherheitsrat zu stärken. Und die tatsächliche Arbeit geht vor allem in den Sonderorganisationen vor sich; und dort haben die USA nach wie vor eine sehr starke Stellung. Um die nicht zu verlieren, nehmen sie die schlechte Optik in der Generalversammlung in Kauf. Es ist schwer denkbar, aus der UNO auszutreten, aber die Stellung in den an-



„TAGESMÜTTER“ – neue Art von Heimarbeit

Großartig wird bei dem Modellversuch "Tagesmutter" von einem neuen Weg der Kinderbetreuung gesprochen. Die Wiener Kinderfreunde haben angeblich mit diesen, vom Jugendamt angestellten und mit einem fixen Gehalt (mindestens S 4.180, – brutto monatlich und jährlich S 3.000, – für Wohnungsabnutzung) entlohnten "Müttern" gute Erfahrungen gemacht. Neben den eigenen Kindern erhalten diese zwei bis sieben fremde Kinder zur Betreuung. Sie werden in einem Monat in den Kindergärten der Wiener Kinderfreunde ausgebildet, zwei-

geschlossenen Organisationen benutzen die USA um ihre Interessen durchzusetzen. (Obwohl die BRD jahrelang so was praktizierte, allerdings, weil sie nicht in die UNO hineinkonnte.) Die Dritte Welt aber, gegen die die westliche Journaille alle Kettenhunde losläßt, hat noch bei weitem nicht die Stellung, die man ihr zuschreibt. Doch ihr Einfluß wächst. Und hier liegt ja auch der Grund für die Wut. Wie es Waldheim erstaunlich offenerzig sagt: Der Grund für die Kritik liegt im Zurückgehen des westlichen Einflusses. Die Organisation sei anfangs "nahezu" Gremium der westlichen Welt gewesen, nun aber habe die Dritte Welt die Mehrheit.

Die Wandlung der UNO von einer imperialistischen Rechtfertigungsmaschine zu einem antiimperialistischen Instrument ist gewiß nicht wichtig genug, um Dialektik in gewisse Hirne zu pauken. Man sollte sie aber beachten. Dann kann man nämlich auch verstehen, wieso Staberl so Angst hat, daß "die Kommunisten und die Unterentwickelten morgen schon durch Mehrheitsbeschluß dekretieren könnten, daß die Erde keine Kugel sondern eine Scheibe sei." Und das möglicherweise gar noch in Wien, wo der Fortschritt zu Hause ist.

A. R.★

mal monatlich werden Sprechstunden und Kurse abgehalten, einmal wöchentlich besucht eine Betreuerin die Gruppe, bei plötzlich auftretenden Problemen können sie sich telefonisch an den benachbarten Kindergarten werden. Seminare für Kindergärtnerinnen können auch die Tagesmütter besuchen. (Lt. ÖGB-Nachrichtendienst v. 6. 3. 75).

Auf den ersten Blick sieht diese Konstruktion sehr verlockend aus. Näher betrachtet zeigen sich Pferdefüße.

Im Schnellsiedeverfahren werden Heimarbeiterinnen im Erziehungsbereich gezüchtet, die über die fehlende Zahl an Kindergärten mit qualifizierten Betreuerinnen und Betreuern hinwegtäuschen soll. Die betreffenden Frauen erhalten zwar jetzt ein Gehalt für ihre Kinderbetreuung, was vorher als "Privatvergnügen" galt, und brauchen keine Unterbringungsmöglichkeit für die

eigenen Kinder. Doch verbleiben sie weiter in ihrer Isolation zu Hause und "genießen" die gesamten Nachteile der Heimarbeit.

Es ist ein untauglicher Versuch, um die vorhandenen Schwierigkeiten der Kinderunterbringung und der finanziellen Unterstützung der Frauen, die wegen ihrer Kinder keinem Beruf nachgehen können, zu verdecken.



"Paß auf, daß du nicht zurückbleibst!"

Apropos: JAHR DER FRAU

Die Arbeitsmarktverwaltung widmet in der Nummer 4 ihres "Arbeitsmarktanzeigers für Wien" einige Sonderseiten dem internationalen Jahr der Frau.

Auf einer Seite wird gemäß der UNO-Resolution darauf hingewiesen -

"Der Frau soll auch in der Ausbildung Gleichberechtigung mit dem Mann eingeräumt werden, sie soll die gleichen Aufnahmebedingungen haben, nach den gleichen Lehrplänen ausgebildet werden und die gleichen Prüfungen ablegen können.

Im Beruf soll es keinen Unterschied mehr zwischen Frauen- und Männerarbeit geben. Mit gleicher Ausbildung soll auch die Frau die gleiche Position wie der Mann erreichen können."

Daher verpflichtet sich die Wiener Arbeitsmarktverwaltung "um dieser Devise zu entsprechen, die Information für Frauen und Mädchen noch mehr als bisher in den Vordergrund ihrer aktiven Arbeitsmarktpolitik stellen."

Auf einer anderen Seite wird unter dem Titel "Lebensberuf oder Nebenbeschäftigung" von einer Untersuchung der Arbeiterkammer über die Einstellung zur zukünftigen Berufstätigkeit von Mädchen berichtet. Dabei wird darauf verwiesen, daß "wenn die Mütter allein über die Zukunft ihrer Töchter zu bestimmen hätten, dann würden sie den Beruf in erster Linie als 'Nebenbeschäftigung' und nicht als 'Lebensberuf' planen" und daß auch die Töchter

größtenteils dieser Meinung sind. Aus den vorliegenden Ergebnissen der Untersuchung ziehen die Verfasser den Schluß: "...In Anbetracht der unveränderten starken Einseitigkeit der Mädchenausbildung auf allen Ebenen ergibt sich daher die Notwendigkeit die Eltern über Berufsmöglichkeiten, Berufs- und Karrierechancen von Mädchen noch besser zu informieren als bisher".

Darauf folgend mehrere Seiten "Freie Arbeitsplätze für Frauen", die das vorher geschriebene wieder aufheben. Angeboten werden natürlich Stellen, die üblicherweise für Frauen reserviert sind.

Gesucht werden vor allem:

- 24 Verkäuferinnen im Textilhandel
- 12 Verkäuferinnen im Lebensmittelhandel und 6 Kassierinnen
- 15 Kanzleikräfte
- 76 Arbeiterinnen in der Bekleidungs-Textil-Leder-Branche
- 39 Arbeiterinnen im Gastgewerbe (vor allem Küchengehilfinnen)
- 21 Ladnerinnen im Lebensmittelgewerbe
- 46 Bedienerinnen und 8 Friseurinnen.

10 Maturantinnen mit AHS oder HAK wird die Tätigkeit als Sachbearbeiterin angeboten und 2 Sekretärinnen mit perfekten Englischkenntnissen können mit einem interessanten selbständigen Wirkungsbereich rechnen.

Bei diesem aufregenden Angebot darf es niemanden wundern, daß viele Frauen, die solche Arbeiten offeriert erhalten und nur zu derartigen unterprivilegierten Tätigkeiten herangezogen werden bzw. leisten können, an ihrer Arbeit keinen Gefallen finden. Zu Hause zu bleiben erscheint daher vielen Frauen als angenehmer - deswegen Nebenberuf - auch wenn es keine Alternative ist.

Sollte die Arbeitsmarktverwaltung nicht wollen, daß der Appell der UNO und andere ähnliche Forderungen, die auch sie sich stellt, weiterhin ungehört verhallen, müßte sie sich eine besondere Förderung der Frauen einfallen lassen. Eine Förderung, um die Frauen aus dem "Ghetto" der Frauenberufe zu holen, wo viele billige Arbeitskräfte vorhanden sind und Tätigkeiten von Frauen grundsätzlich als minderwertig angesehen werden.

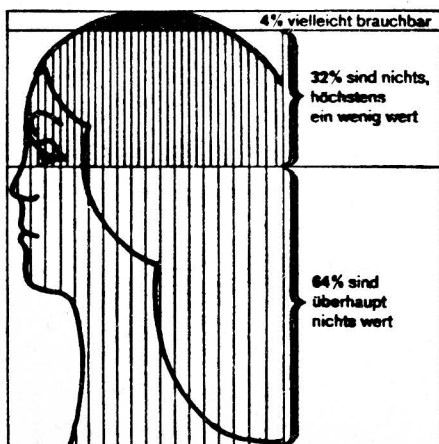
Von Gleichberechtigung, geschweige denn von Emanzipation, kann noch nicht gesprochen werden. Denn die Erwerbstätigkeit kann zwar der Frau zu einer ökonomischen Unabhängigkeit verhelfen, bedeutet aber erst die notwendige Voraussetzung für ihre Emanzipation und nicht die Emanzipation selbst. Solange die Frauen am Arbeitsplatz in der Regel die Rolle der billigen unqualifizierten Arbeitskräfte spielen, kann man kaum von einer Gleichberechtigung in der Gesellschaft sprechen, da die minderwertige Stellung in der Arbeitswelt nur eine neue Variante ihrer Unterordnung und Ungleichheit überhaupt ist. Nicht die Erwerbstätigkeit selbst, sondern auch Qualifikation und Bildung, sowie das Angebot an entsprechenden Arbeitsplätzen sind von entscheidender Bedeutung.

Für die Übergangszeit wird neben einer Förderung der Frauen, um in anderen Berufen Fuß zu fassen und einer Aufwertung von traditionellen Frauenberufen durch Einstellung von Männern (z. B. Kindergärtner), wird ein Abbau der sozialpsychologischen Hemmungen (Minderwertigkeitskomplex bezüglich der Berufsausübung, Übernahme der alleinigen Verantwortung für den Haushalt u. ä.) bei den Frauen notwendig sein.

Ob dies die Arbeitsmarktverwaltung oder andere Institutionen werden durchführen können, ist eher zweifelhaft?

Wenn wir wollen, daß sich eine Veränderung im Berufsbereich ergibt, müssen wir, wie soll es auch anders möglich sein, darum kämpfen!

O. M. ★



Professoren über Wert eines Frauenkopfes

offensiv links

kommunalpolitik

Gemeinderatswahlen in den Bundesländern

Eine gewisse folkloristische Note konnte man den Stellungnahmen der künftigen, gewesenen oder gebliebenen Bürgermeister in NÖ nicht absprechen: die einen versuchten sich staatsmännisch nach dem Vorbild ihrer Bundesvettern zu geben, die anderen strichen ihre lebenslange Zugehörigkeit zum Heimatdorf heraus. Dabei ging leider fast unter, daß Gemeindeprobleme keineswegs so lächerlich sind, wie es manchmal klingen mochte. Immerhin hat in NÖ die Gemeindezusammenlegung die Anzahl der Gemeinden gedrittelt (jetzt 558 statt 1625 Ende der 60-er Jahre). Die Maßnahmen hatten seinerzeit große Widerstände zu überwinden. Und die kamen nicht nur von gekränkten Dorfoberrhäuptern, die LT-Parteien VP und SP zogen die Gemeindegrenzen oft nach einem wahltaktisch abgesprochenen Muster und nicht nach einem überprüfbaren kommunalen Konzept. Dabei stießen sie auf den Widerstand der Bevölkerung. Die KPÖ versuchte die Unruhe für sich zu nützen. Ohne Erfolg. Sie konnte ihre Stellungnahmen im Grunde nicht anders begründen als besagte Dorfehrenträger. Denn gerade in NÖ war die Gemeindezusammenlegung eine Notwendigkeit. Wie sollten Kleingemeinden mit wenigen hundert Einwohnern ihre Aufgaben erfüllen, wenn ihr Jahreshaushalt manchmal nicht einmal ausreicht, um eine Wasserleitung oder eine neue Gemeindestraße zu bauen? Allerdings wird

das Geld nicht mehr und die Aufgaben werden nicht geringer, wenn man einfach neue Grenzen zieht.

Die niederösterreichischen Gemeinden sind stärker verschuldet als solche in anderen Bundesländern. Man spricht von 6 Md. Schilling. Doch – ganz abgesehen von der Möglichkeit einer alternativen Gemeindepolitik – die Alternative fehlte. So war denn auch das Ergebnis:

die ÖVP erhielt 51,9% (gegen 51,1% 1970), die SPÖ 43,5% (43,5%), die FPÖ 1,5% (1,2%), die KPÖ 1,1% (1,3%) und Namenslisten 2% (3%).

Ziemlich anders ist die Vorarlberger Situation. Kein Wunder: "Vorarlberg ist ein selbstständiger Staat" (Landesverfassung Art. 1). Hier herrschen beinahe Schweizer Verhältnisse, die Kommunalpolitik ist außerordentlich personalisiert: So gab es in einem Drittel der Gemeinden nicht einmal Parteilisten, sondern nur leere Zettel. Dem, wie einer behutsameren Politik gegenüber Bürgerwünschen, ist wohl auch der SP-Erfolg, vor allem in Bregenz zuzuschreiben: Sie hat dort jetzt die absolute Mehrheit.

Eine weitere Gemeinderatswahl wird es am 27. April in der Steiermark geben. Sie wird insofern interessant sein, als es sich zeigen wird, ob die KP ihre hochgejubelten Betriebserfolge wenigstens in den Gemeinden in allgemein-politische Erfolge verwandeln können. Leider steht auch in der Steiermark eine Alternative aus.



Aktion «Zebrastrifen»

Orts des Nichthandelns:

Hedorfer/Mittweg-Gemeindefiedlung, Wien 11.

Vorgeschichte:

Die Simmeringer Lände ist wegen des Baus einer Kläranlage seit etwa 3 Jahren gesperrt.

Die Umleitung führt über: Heideggrerstraße-Ladenbauergasse-Florian-



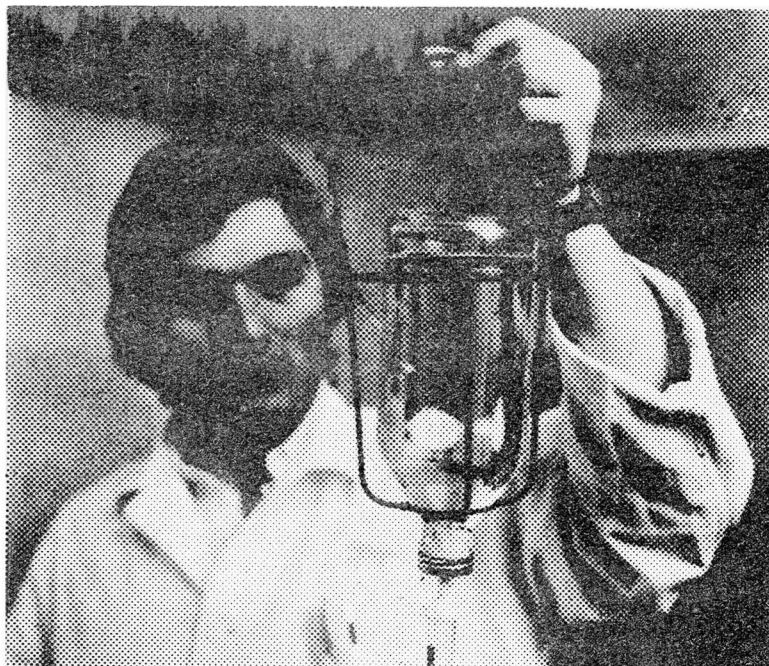
Diplompfleger in Wien

Ein Beruf für junge Männer mit Herz

Als Mitarbeiter des Arztes hat der Diplompfleger eine interessante und verantwortungsvolle Tätigkeit. Er braucht eine Grundausbildung in der Medizin und braucht technische Kenntnisse. Er muß Kranke versorgen und er muß mit modernen medizinisch-technischen Geräten umgehen können.

Das wichtigste aber ist: In diesem Beruf kann man nie in eine langweilige, zermürbende Treitmühle geraten. Jeder Fall ist ein eigener Fall, und jeder verlangt den ganzen Mann.

Wenn Sie sich für den Beruf des Diplompflegers interessieren und Ihre Pflichtschulzeit erfolgreich hinter sich gebracht haben, dann bildet Sie die Stadt Wien gerne aus.



Nähere Informationen:

Senden Sie bitte diesen Kupon an das

Rathaus, 1082 Wien, Kennwort „Diplompfleger in Wien“

Es genügt aber auch ein Anruf: **(0 22 2) 63 97 11, Klappe 315, 328 oder 353.**

Ich interessiere mich für den Beruf des „Diplompflegers in Wien“ und ersuche um Zusendung einer Informationsschrift.

Name:

Anschrift:

Geburtsdatum:

Schulbildung:



Fortsetzung von Seite 5

AKTION "ZEBRASTREIFEN"

Hedorfer-Straße mitten durch die Siedlung.

Nachdem die Florian-Hedorfer-Straße eine breite, schnurgerade Straße ist, rasen die Autofahrer durch, als ob es sich um eine Autobahn handle.

Aus diesem Grund sind seither viele Unfälle, besonders mit Kindern, passiert – vor kurzem erst ein tödlicher.

Bereits 1971 machten Mietervertreter bei einer Vorsprache den damaligen Bezirksvorsteher Weber auf die Gefahren aufmerksam. Es geschah nichts. Doch: Unfälle häuften sich. Im Juni 1973 führten die Mieter eine Unterschriftenaktion durch und überreichten Bezirksvorsteher Paulas einen Forderungskatalog, dessen Erfüllung die Verkehrssituation wesentlich verbessern könnte. Der Zeitpunkt der Aktion (im Oktober 1973 fanden Gemeinderatswahlen statt) brachte es mit sich, daß die Forderungen der Mieter seitens der Behörden und politischen Institutionen teilweise erfüllt wurden. Jedoch nur teilweise.

Und zwar:

30 km/h-Begrenzung in der Florian-Hedorfer-Straße, Umleitung der Umleitung.

Jedoch:

1. Weder Autofahrer noch Polizei registrieren die Geschwindigkeitsbegrenzung (die Überprüfung der Halteverbote im Siedlungsgebiet ist wichtiger als die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung).
2. Die 30 km/h-Tafeln sind viel zu klein.

3. Die geplante Zusatztafel "Achtung Kinder" wurde nicht montiert.
4. Kein Zebrastreifen mit Blinkkappel vorhanden.
5. Die geforderte und bewilligte Umleitung wird infolge schlechter und vor allem undurchdachter Beschilderung (alte Umleitungsrouten hat nach wie vor Vorrang) kaum in Anspruch genommen.

Fazit:

Weitere Unfälle, in letzter Zeit kurz aufeinanderfolgend.

Was geschah dann?

Aufgrund zahlreicher Anrufe empörter Mieter in der Bezirkshauptmannschaft vorerst nur verschärfte Kontrollen durch die Polizei.

Doch die Mieter sind sich über eines im klaren: Ohne Erfüllung der obgenannten weitergehenden Forderungen wird der Verkehr nur dann zu einer geringeren Gefahr, wenn die Polizei ihn überwacht. Und das geschieht in letzter Zeit immer seltener. In der restlichen Zeit bleibt es, wie es war. Ein Spießrutenlaufen – vor allem der Kinder – zwischen dem Kinderspielplatz, der Schule und dem EKZ.

Die Mieter warten nicht mehr lange, bis man gewillt ist, die weiteren Forderungen zu realisieren. Sie sind – zunächst in dieser Frage – zu der Überzeugung gekommen:

2. Fazit:

OHNE AKTION – KEINE REAKTION.

Konkrete Vorstellungen gibt es bereits.

S.G. ★

offensiv links

uni news

Zu den ÖH-Wahlen

Auf der Liste "offensiv links" kandidiert die FÖJ – Bewegung für Sozialismus gemeinsam mit dem ZBS/Innsbruck zu den ÖH-Wahlen. Kandidiert wird für den Zentralaussschuß, den Hauptausschuß Wien und Innsbruck, sowie für eine Reihe von Fakultäts- und Studienrichtungsververtretungen. Verhandlungen über eine gemeinsame Kandidatur mit anderen Gruppen scheiterten; die GRM und der VMS lehnten nach kurzen Kontaktgesprächen ohne Begründung jede weitere Diskussion ab.

ZUR SITUATION AN DER UNI

Verbunden mit dem Scheitern (= Beschränkung auf die organisierte Linke) der verschiedenen Kampagnen und Kämpfe (gegen Pädagogik, Diplomstudienordnung) hat ein breiter Prozeß der Frustration und des Desinteresses eingesetzt. Politik – aber vor allem linke Politik – stößt auf eine breite Ablehnung der Studenten.

Die Reaktion der Linken auf diese Situation ist bedenklich. Sicherlich auch bedingt durch die Vorwahlzeit haben die Kämpfe um die Führung der nicht vorhandenen Bewegung noch zugenommen, dem wachsen-



ink's

Wien 2, Odeongasse 1
Eingang: Große Mohrengasse
Telefon: 24 70 402
Geöffnet ab 19 Uhr
Programmbeginn um 19 Uhr 30

club

MAIFEST

1.

CLUBBETRIEB

2.

FEST DER
ASSISTENTEN

3.

STUDENTENABEND

4.

AKTUELLER ABEND

5.

MARIE LUISE
KALTENEGER
Portugal auf dem Weg
zum Sozialismus ?

9.

LESUNG
PETER TURRINI

10.

STUDENTENABEND

11.

12.

AKTUELLER ABEND

19.

GESCHLOSSEN

bei Schönwetter kann man bereits
den Neufeldersee aufsuchen
(wir bauen die Zelte für den Sommer
auf)

26.

AKTUELLER ABEND

16.

GESCHLOSSEN

23.

EINSCHÄTZUNG
DER ÖH-WAHLEN

30.

FILMABEND

17.

GESCHLOSSEN

bei Schönwetter kann man bereits
den Neufeldersee aufsuchen
(wir bauen die Zelte für den Sommer
auf)

24.

LESUNG VON
AUTOREN
E. A. RICHTER/ZENKER

und Information über die Arbeit der
Gruppe "WESPENNEST"

31.

GESCHICHTE DES
ARBEITERLIEDES

18.

GESCHLOSSEN

bei Schönwetter kann man bereits
den Neufeldersee aufsuchen
(wir bauen die Zelte für den Sommer
auf)

25.

STUDENTENABEND

Fortsetzung von Seite 7

ZU DEN ÖH-WAHLN

den Desinteresse wird ein wachsender Papierberg gegenübergestellt. Eine Änderung der Strategie - soweit bemerkbar - drückt sich maximal in den veränderten Losungen der ML aus, die jetzt glaubt, alle Studentengruppen von der eigenen bis zur ÖSU einigen zu müssen, was jedoch praktisch erfolglos bleibt.

Wir haben dieser Lage momentan auch nicht viel mehr als andere Flugblätter entgegenzusetzen, jedoch ergeben sich für uns eine Reihe von Schwerpunkten, die von der Linken zu wenig beachtet werden.

Es genügt nicht, die Hochschulreform vom negativen Standpunkt aus zu kritisieren, das heißt den gegenwärtigen Zustand auf den Uni's indirekt zu verteidigen. Für einen Großteil der Studierenden bedeuten die Studienverschärfungen keineswegs einen derart zentralen Angriff, daß sie diese Frage zum Anlaß einer politischen Auseinandersetzung nehmen. Die gesamte Ausbildungssituation mit all ihren Selektionsmechanismen bringt vielschichtiger Problemstellungen mit sich.

Prüfungsdruck und -angst, ständiges Konkurrenzverhalten, das für den einzelnen sinnlos erfahrene Widerkäuen von Lehrmeinungen und die völlige Unsicherheit betreffend die spätere Berufswirklichkeit ergeben eine Reihe von Ansatzpunkten für linke Politik, die bisher kaum beachtet wurden.

Wir versuchen, durch inhaltliche Auseinandersetzungen mit der bürgerlichen Wissenschaft einerseits und andererseits durch das Eintreten gegen die gegenwärtigen Formen der Ausbildung (Frontalunterricht, Anpassung an Mittelschulen durch Reduktion des Dargelegten auf abfragbares Wissen, Hierarchie) sowie durch die Diskussion spätere Berufswirklichkeit zumindest das Interesse der Studenten für ein Befassen mit den Bedingungen ihres Studiums zu erwecken. Dies erst kann die Voraussetzung für jede Art von Bewegung an den Hochschulen sein.

K.L. ★

Übersicht über die Arbeitskreise in Wien

o ROTER BÖRSENKRACH:

Kapital I jeden Freitag 20 h
1020, Schmelzgasse 7
Peter Rosner

AK Imperialismus jeden Dienstag
Miki Landesmann
Tel. 93 08 914

AK Wirtschaftsjournalismus - Kontakt:
Peter Rosner, Tel. 24 17 693

AK Sozialpartnerschaft ~ Kontakt:
Klaus Haase, Tel. 34 92 56

Plenum jeden Dienstag 20 h, Café Votiv

o PLATTFORM UNDOGMATISCHER LINKER (PUL):

Die Hochschulreform: ihre Ursachen und Auswirkungen
jeden Donnerstag 19 h
1020, Gredlerstr. 10/7, Tel. 24 69 472
Wohnung Spitz

o GRUPPE LINKER SOZIOLOGEN:

Zur Marxschen Methode der Klassenanalyse ~ Kontakt:
Franz Nahrada, Tel. 34 67 145

Plenum jeden Dienstag 20 h
1090, Porzellangasse 33a, Tel. 34 67 145

o GRUPPE LINKER NATURWISSENSCHAFTER:

Kontakte: jeden Sonntag 19 h Club links

o ARBEITSKREISE BERUFSTÄTIGER AKADEMIKER:

Sozialwissenschaftler: Möglichkeiten und Perspektiven der
gewerkschaftlichen Organisierung
jeden Montag 17 h Porzellangasse 33a/IV/4,
Tel. 34 67 145

Assistentengruppe ~ Kontakte: Helmut Hirsch, Tel. 26 40 864

AK Probleme des akademischen Mittelbaus
jeden Samstag 14 h, 1020, Schöng. 14/28

o SEMINAR ZU DEN "GRUNDSÄTZEN DER FÖJ ~ BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS"

jeden Mittwoch 19.30 h
Club links, 1020, Odeong. 1/Ecke Gr. Mohrengasse

o STUDENTENABEND: jeden Sonntag 19 h Club links

internationale nachrichten

14. Parteitag der KPI

Mit Ihrer gütigen Erlaubnis!

Es war ein zu schöner Versprecher: Anstelle vom compromesso storico (historischer Kompromiß) sprach ein sizilianischer Delegierter von con permesso storico ("mit historischer Erlaubnis").

Vom 17. bis zum 24. März zog dieser Parteitag die Aufmerksamkeit nicht nur der Linken auf sich. Es gab Aufregungen: die Christdemokraten zogen ihre Beobachterdelegation zurück. Sie gaben vor, damit gegen das Verbot der putschistischen portugiesischen Schwesterpartei zu protestieren. Die angesehenen Parteiführer legten wieder einmal ihre Ansichten dar. Schließlich wurde das Politbüro abgeschafft und dafür das Sekretariat gestärkt. Am Ende hatte man den Eindruck, im Grunde sei überhaupt nichts geschehen. Doch das wiederum ist ein Fehlschluß.

Zwar stand der unvermeidliche historische Kompromiß im Mittelpunkt der Debatte. Und alle bekannten sich zu ihm, von AMENDOLA (rechter Flügel) bis zu INGRAO (Linke) und TRENTIN (Gewerkschaften). Das aber bereits ist ein Indiz: Diese politische Formel ist inzwischen inhaltsleer geworden. Als sie konzipiert wurde, war sie als eine Art italienisches Gegenstück zur antimonopolistischen Demokratie anderer Parteien gedacht. Es war immerhin ein strategisches Konzept, zu dem man Stel-

lung beziehen mußte. Heute versteht darunter die Rechte um AMENDOLA einen sofortigen Regierungseintritt, das Zentrum um den Generalsekretär BERLINGUER sagt inhaltlich überhaupt nichts, INGRAO sowie die gewerkschaftliche Linke versuchen eine Auffüllung mit bündnispolitischen Überlegungen, und der Parteipräsident LONGO warnt nur mehr vor übereilten Schritten. Und im Zusammenhang mit der Reorganisierung (Stärkung der Regionalverbände auf Kosten der stärker basisorientierten Provinzialzellen, Stärkung des rein pragmatisch vorgehenden Sekretariats durch Ausschaltung einer Kontrolle durch ein noch eher strategisch denkendes Politbüro) hat das eine ganz präzise Bedeutung: Die KPI hat endgültig jede strategische Linie aufgegeben. Ihr Denkhorizont reicht bis zur jeweils nächsten Wahl. Und da Regionalwahlen bereits im Sommer ins Haus stehen, schämte man sich trotz aller internationalistischen Liturgie nicht, sich von der portugiesischen KP zu distanzieren. Es war ein würdiger Abschluß dieses Parteitages.

Eines aber sei am Rande bemerkt: Wie versumpft diese Partei auch ist, sie hat es immerhin über sich gebracht, die anderen politischen Kräfte des Landes offiziell zu ihrem Kongreß einzuladen, vor allem auch die Linksorganisationen. Man stelle sich das einmal in Österreich vor: gerechterweise muß man dazu sagen, daß wahrscheinlich bei dieser KPÖ auch niemand kommen würde (nur zum zuhören).

A. R. ★

Libanon: Bürgerkrieg oder Revolution

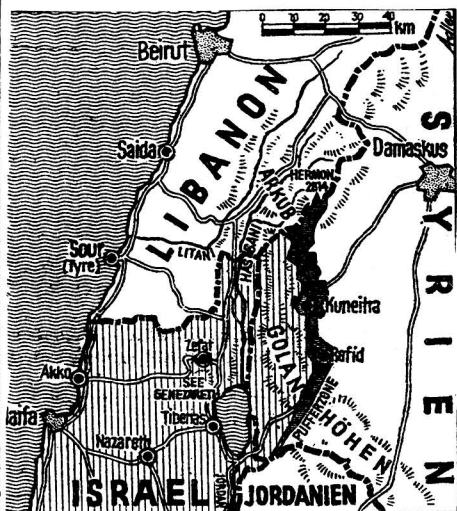
1969 wurden zwischen der Regierung des Libanon und der PLO im "Kairoer Abkommen" Vereinbarungen getroffen, in denen den Palästinensern im an Israel angrenzenden Süden Libanons, im Arkul – auch "Fatah-Land" genannt – Rechte auf Errichtung und Unterhaltung exterritorialer Flüchtlings- und Ausbildungslager eingeräumt wurden. Dies wurde von den Israelis sehr bald zum Anlaß genommen, um für einen alten noch nicht verwirklichten Annektionsplan die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen: durch die Eroberung jenes Gebietes am Fuße des Hermon-Gebietes, wo der Hashbani-Fluß seinen Verlauf hat, könnten sie das für die Bewässerung ihrer Felder in Nordgaliläa dringend nötige Wasser endlich bekommen. Nach dem Einrücken der Palästinenser in dieses Gebiet, schien es zunächst so, daß den Israelis geradezu das gewünschte Alibi geliefert wurde, diesen Plan durchzusetzen. Die früheren in Beirut residierenden Großgrundbesitzer kümmerten sich überhaupt nicht um Land und Bevölkerung, um die notwendigen Infrastrukturen zu schaffen; die späteren Großunternehmer in Beirut fanden es wiederum zu riskant, in dieser "heißen Gegend" zu investieren. Die im Mai 1970 begonnenen systematisch betriebenen bewaffneten Interventionen Israels, die unter der Bezeichnung "Strafexpedi-

HEINZ KOLISCH
LIEBIGGASSE 9
43 21 21
1010 WIEN

BOOK POWER



tionen" mit 1.000 Mann angefangen haben, wurden im Februar und im September 1972 auf das Ausmaß von 3.000 Mann, 200 Panzer und Panzerwagen, schweren Infanteriewaffen mit Luftunterstützung eskaliert – das bewirkte das übrige. In einem 20 km breiten Streifen entlang der 80 km langen Grenze zerstörten die Israelis Häuser, sprengten sie Brücken und Straßen. Ein Massenexodus der ansässigen Bevölkerung setzte ein, die zu Zehntausenden die Beirut Slums vergrößern halfen. Erst die im Jänner dieses Jahres zwischen dem libanesischen Staatpräsidenten Franjeh und



unterwerfen, was gescheitert ist – unumgänglich machen würde. Das aber wäre ein neuerlicher Ausbruch des Bürgerkrieges, in dessen Verlauf die Falange wie die Israelis auf einen zweiten "Schwarzen September" der Palästinenser, auf ihre Liquidierung und Vertreibung nach Syrien spekulieren. Heute könnte allerdings gerade das Gegenteil davon eintreten. Aus einem Bürgerkrieg könnten die Palästinenser, für deren Sache die Arbeiter in den großen Städten des Landes in Streik getreten waren, gemeinsam mit den Massen der ausgepörrten und ausgebeuteten Moslems siegreich hervorgehen. Das wäre eine revolutionäre Situation, die im Nahen Osten völlig neue Perspektiven eröffnen würde.

Z. P. ★

Interview mit Mitgliedern des portugiesischen Movimento des Esquerda Socialista

Das folgende Interview wurde am 23. März 1975 um 2 Uhr früh mit zwei Mitgliedern der politischen Kommission des MES (Movimento des Esquerda Socialista) in Lissabon abgehalten. Die MES ist eine Abspaltung von der PSP (Sozialistische Partei Portugals), der Partei Soares. Sie hat sich u.a. wegen mangelnder Zusammenarbeit der PSP mit anderen linken Gruppen abgespalten.

Frage: Am 11. März scheiterte ein reaktionärer Putschversuch. Die Bewegung der Streitkräfte institutionalisierte sich in Form des Obersten Revolutionsrates. Banken und Versicherungen wurden verstaatlicht, andere Schlüsselsektoren der portugiesischen Wirtschaft werden folgen. Die Kommunistische Partei scheint an Terrain zu gewinnen. Wie definiert der MES die gegenwärtige politische Konjunktur?

Antwort: Wir werden diese Frage getrennt nach Militär, Bourgeoisie, politischen Kräften der Linken und Massenbewegung beantworten. Am 11. März unterlag die spinolistische Fraktion innerhalb der MFA. Die MFA ist nicht homogen, neigt zum Pragmatismus, vertritt keine klar definierte politische Linie und ist von starken Widersprüchen geprägt. Diese Widersprüche kulminierten am 28. September und kürzlich am 11. März. Beide Male wurde die spinolistische Fraktion, die eng mit dem Großkapital verbunden ist, vom progressiven Flügel der MFA zurückgedrängt. Die Schaffung des Obersten Revolutionsrates, in dem die revolutionären Elemente der MFA dominieren, bedeutet einen wesentlichen Schritt hin zur Konsolidierung des portugiesischen Prozesses. Das Kapital und die ihm verbundenen Parteien befinden sich derzeit im Rückzug, wobei wir aber mit Sicherheit mit einem neuen Putsch zu rechnen haben. Im Augenblick ist die Hegemonie der revolutionären Kräfte in der MFA die Gewähr dafür, daß eine organische Regruppierung der Rechten sehr erschwert wird.

Die MFA ist der politische Motor des portugiesischen Prozesses. Die Kommunistische Partei Portugals (PCP) übt ihrerseits den stärksten Einfluß

auf die Gestaltung des portugiesischen Prozesses aus, und konnte nach dem 11. März ihre Position noch weiter ausbauen.

Bezüglich der Massenbewegung ist folgendes zu bemerken. Die Periode der spontanen Massenkämpfe geht ihrem Ende zu. Die autonomen Masseninitiative unterliegt immer mehr der Kontrolle durch die Parteien und hier insbesondere der Kommunistischen Partei. Wo die PCP die Masseninitiative nicht zu kontrollieren vermag, setzt sie alles daran – zu meist erfolgreich – diese zu blockieren, zu bremsen, zu liquidieren.

MFA, POVO



POVO, MFA

campanha de dinamizacao cultural

Frage: Was ist die Stellungnahme des MES zur Suspendierung der Christdemokratischen Partei (PDC) und der AOC sowie zum Verbot der maoistischen MRPP?

Antwort: Diese Maßnahme des Obersten Revolutionsrates ist nicht die erste ihrer Art. Nach dem 28. September wurden zwei Parteien der Rechten, und zwar die Partei des Fortschritts und die liberale Partei aufgelöst. Ausgehend davon, daß in Portugal keine "Demokratie" nach westeuropäischem Muster möglich ist, befrworten wir die Auflösung reaktionärer Parteien. Obwohl wir grundsätzlich unsere Zweifel anmelden möchten, ob es allein mit administrativen Maßnahmen wie Suspendierung und Verboten getan ist. AOC und MRPP haben in letzter Zeit Positionen eingenommen, die wir als reaktionär bezeichnen. Aber wenn sie auch irri-ge Positionen eingenommen haben, so sollte es der Arbeiterklasse überlassen bleiben, diese zu denunzieren. Es steht weder der MFA noch der Kommunistischen Partei zu, linke Gruppierungen auch wenn sie objektiv gesehen im Irrtum sind, auszuschalten.

Frage: Welche Kapitalfraktionen werden von der PPD und von der CDS vertreten?

Antwort: Wir möchten diese Frage auf die PS (Sozialistische Partei) ausdehnen. Die PPD vertritt, wenn man so will, die sogenannten fortschrittlichen Sektoren des Großkapitals, während die CDS die rückständigsten Sektoren des portugiesischen Bürgertums repräsentiert. In der Sozialistischen Partei finden sich Teile der Kleinbourgeoisie, der Mittelschichten und der Großbourgeoisie. Außerdem verfügt die PS über eine starke Arbeiterbasis. Diese Konstellation führt dazu, daß die PS sehr widersprüchliche und schwankende Positionen einnimmt.

Frage: Wäre ein Zusammenschluß zwischen CDS und PPD möglich?

Antwort: Nein. Wahrscheinlicher ist eine Allianz der PS mit der PPD.

Frage: Welcher Stellenwert ist nach Ansicht des MES den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung zuzumessen?

Antwort: Die portugiesische Arbeiterschaft braucht keine Wahlen. Wahlen braucht die Bourgeoisie, um ihre politische Macht wiederzugewinnen, ihre Schäfchen aufs Trockene zu bringen und um ihre Frustrationen abzureagieren. Übrigens kommt den Wahlen am 25. April von vornherein keine Bedeutung mehr zu. Die verfassunggebende Versammlung wird genau jene Art von Verfassung machen, wie sie dem Obersten Revolutionsrat gefällt. Wir warten jetzt täglich darauf, daß die MFA den politischen Parteien einen Pakt vorschlagen wird, in welchen die Grundzüge der künftigen Verfassung bereits vorweggenommen sind. Wir können bereits jetzt sagen daß wir diesen Pakt nicht unterschreiben werden. Denn mit diesem Pakt versucht die MFA die bürgerliche Demokratie zu kontrollieren, wir aber sind der Meinung, daß die bürgerliche Demokratie von der Arbeiterklasse nicht kontrolliert, sondern nur liquidiert werden kann. Der MES kämpft für den Sozialismus in diesem Land, der auf Organen der Arbeiter- und Volksmacht aufgebaut ist und deren höchstes Organ die Volksversammlung ist. Die MFA ist eine Institution des Übergangs. Die programmierte Allianz der Arbeiterklasse mit der MFA muß ihren organisierten Ausdruck finden und dazu braucht es keinen Pakt zwischen MFA und Parteien.

Frage: Wenn die Militärs das letzte Wort haben, legt das nicht den Verdacht nahe, daß sich hier eine Art Militärdiktatur installiert?

Antwort: Eine Militärdiktatur steht uns dann ins Haus, wenn die Umwandlung der portugiesischen Streitkräfte, ihre Demokratisierung und ihre organische Verbindung mit den Volksmassen ins Stocken gerät. Die MFA handelt nicht als Transmissionsriemen politischer Parteien, derzeit

reagiert sie auf den direkten Druck der Soldaten einerseits und der Arbeiterklasse andererseits. Die für das Militär in aller Welt übliche Hierarchie und die Vertikalität der Befehlsgewalt funktionieren nicht mehr. In gewissem Sinne beginnt das portugiesische Militär bereits wie ein Volksheer, wie eine Miliz zu handeln. Bisher wurden alle Versuche vereitelt, die diesen ständigen Demokratiesierungsprozeß aufhalten wollten und beispielsweise vorschlugen, das portugiesische Militär zu einem Berufsheer umzubilden.

Frage: Welches sind die Perspektiven des portugiesischen Prozesses?

Antwort: Grundsätzlich hängt das von mehreren Faktoren ab: vom internationalen Kräfteverhältnis, von der künftigen Entwicklung in Spanien und davon, inwieweit die Allianz zwischen MFA und Arbeiterklasse an konkretem Inhalt gewinnt. Es ist noch vieles offen.

Das Interview wurde von M. -L. K. geführt.



**Keine
Wahrscheinungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 14 302

Ost-West-Kontakte

Das kapitalistische Geschäft, das seit geraumer Zeit seinen siegreichen Einzug in den "Osten" hält, beruht auf zwei Ebenen: auf der vertikalen, an der sich die Höhe des Gewinns ablesen läßt und auf der horizontalen, auf der der sachliche, verdinglichte mit dem "menschlichen" Lustgewinn vermittelt wird. Man kann es auch als den gewöhnlichen Kapitalismus bezeichnen, dessen "menschliche" Seite stets die Prostitution ist. Man kann zum Ganzen auch schlicht und einfach Ost-West-Kontakte sagen. In der Nummer 8/74 der Zeitschrift "trend" wird darauf unter dem liebenswürdigen Titel "ost-intim" näher eingegangen:

"Der zwischenmenschliche Kontakt spielt im Kampf ums Ost-Geschäft eine wichtige Rolle. 'ost-intim' berichtet über Vorfälle, Ideen und Fehler an der menschlichen Nebenfront."

Um in diesem Krieg mit Haupt- und Nebenfront (Mao würde Haupt- und Nebenwidersprüche dazu sagen) einigermaßen die Orientierung zu bewahren, werden die zu bevorzugen Stätten erfolgversprechender Schlachten gleich angegeben:

"In Budapest zum Beispiel genießen die Absteigen Gellert, Royal, Duna und Astoria guten Ruf. Das Royal gilt dabei als Geheimtip, da dort an guten Tagen die Auswahl freundlicher Mädchen größer ist... (In Polen gab es einen aufsehenerregenden Prozeß um das bekannte Hotel Europejski, das offenbar zu hohe lockere Frequenz aufwies. Seitdem streben Polenkenner ohne Umweg das Nachtklokal Krokodyl oder den Sala Kongresowa an, wo sich die meisten hübschen Polenkinder pro Quadratmeter tummeln. Dieser Kongreßsaal wurde einst von Stalin den Polen geschenkt, zur Förderung der schönen Künste)."

Solche topographischen Hinweise sind wichtig, denn was da einem westli-

chen Pionier, der in Sachen Menschliches-Allzumenschliches schlachtenbummelt, alles passieren kann, wenn er die wohlbekannten Pfade der Tugend verläßt, wird in aller Dramatik vor Augen geführt:

"Ein Wiener Textilkaufmann, der um sechs Uhr früh an der Peripherie 'wegen der Nachbarn, die jetzt munter werden', auf die Straße gesetzt wurde, versuchte vergeblich ein Taxi zu finden. In Arbeiterautobussen reiste er zweieinhalb Stunden bis zu seinem Hotel."

Nach dieser entsetzlichen, demütigenden, alle Klassenmoral beschämenden Odyssee (Arbeiterautobusse!), wird folgendes taktisches Vorgehen zur Erreichung des strategischen Zieles empfohlen:

"Seither beschränken sich viele auf kurzfristiges, straff auf das Ziel ausgerichtetes Verweilen, währenddessen ein mit Schmatte beglückter Taxifahrer vor der Haustür wartet."

Apropos Schmatte. Der Nebenfront Prostitution steht die ebenso wichtige Nebenfront der Bestechung, der Korruption zur Seite:

"Beamtenbestechung soll in Polen so vor sich gehen: Wenn der Antragsteller dem Bürokraten seine Wünsche bekanntgibt, stellt er einfach eine Zusatzbitte: 'Könnten Sie mir bei dieser Gelegenheit einen 100-Zloty-Schein wechseln, vielleicht in zwei Zwanziger?'"

Kleine Preise, große Leute. Das Ost-West-Geschäft blüht. Wie eine fette, übelriechende Pflanze auf dem Sumpf.

Z. ★

Interview mit Genossen de la Fuente (MIR)

Nicht erst seit dem chilenischen Militärputsch steht die Entwicklung in Chile im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen der Linken. Seit dem Putsch aber bietet sich für die verschiedenen Strategiediskussionen eine recht makabre Möglichkeit, die der politischen Leichenfledderei: Da die Arbeiterorganisationen in Chile in den Untergrund gedrängt sind, okkupiert man flugs eine der Organisationen für sich als Exponent der eigenen Linie. Die wirkliche Situation des chilenischen Widerstandes wird kaum mehr thematisiert. "offensiv links" sprach darüber mit dem Genossen Victor Romeo de la Fuente, einem MIR-Funktionär, der seit dem Putsch in einem KZ inhaftiert war, vor einem Monat aufgrund des internationalen Drucks auf die Junta freigelassen wurde und derzeit im Pariser Exil lebt.

OL: Wie beurteilst Du die heutige Situation des chilenischen Widerstandes?

V.R.: Der aktive Widerstand wird heute nicht mehr von den Massen getragen, sondern von den proletarischen Avantgarden. Diese bilden einen Kern, um den sich so etwas wie ein passiver Widerstand herausbildet. Die Massenbewegung kann

sich in der derzeitigen konterrevolutionären Situation nicht geschlossen gegen die Junta richten. Deshalb richtet der MIR heute seine Strategie vor allem auf die Rekrutierung neuer Aktivisten aus, aber wir betonen, daß dies nur für die gegenwärtige Situation gilt, in der die Massenbewegungen zurückgegangen sind und keine Möglichkeit für eine offene politische Arbeit besteht.

Dementsprechend sind auch die Widerstandsorganisationen aufgebaut. Die organische Einheit für den Kampf sind die kleinen Zellen, die Widerstandskomitees. Diese Komitees sind so konzipiert, daß in ihnen Aktivisten aus allen Parteien und Unabhängige zusammen kämpfen können. Sie schalten sich in alle Bewegungen ein, in den Schulen, in den Fabriken, wo sie eben entstehen. Jedes Komitee besteht aus 3-5 Personen, die im Untergrund arbeiten und die Aufgabe haben, die Massenbewegungen zu führen und in eine Gesamtstrategie einzubetten.

Ihr Programm besteht im wesentlichen aus zwei Punkten:

- + die Rückgewinnung der demokratischen Grundrechte gegen die Unterdrückung der Junta und
- + die Verteidigung des Lebensstandards der Massen.

Ihre Perspektive, ihr Ziel ist der Sturz der Junta, die Durchsetzung von Wiederverstaatlichungen und die Einführung einer neuen, provisorischen Regierung.

OL: Mit welchen Mitteln gelingt es heute dem Widerstand, seine Aktionen und Forderungen an die Öffentlichkeit zu bringen?

V.R.: Es gibt derzeit zwei Möglichkeiten, legale und illegale. Die legale Möglichkeit besteht in den Verbindungen zu den offiziellen, gelben Gewerkschaften, wo zwar die Leitungen von der Junta eingesetzt werden, in einigen Sektoren aber gute Arbeit möglich ist. Dann die Arbeit bezüglich der politischen Gefangenen, in Zusammenarbeit mit Kirchen und internationalen Organisationen.

Die illegale Tätigkeit besteht gegenwärtig vor allem aus Propagandaarbeit: Schmieraktionen und Flugblattverteilungen, die aber unter dem Schutz von bewaffneten Einheiten vor der Polizei vonstatten gehen müssen. So wurde etwa vor einem Monat bei einem Feuergefecht zwischen einem Propagandatrupp und der Polizei ein Polizist erschossen. Eine weitere Propagandatätigkeit ist das Abfassen von Briefen und Petitionen an die öffentlichen Stellen. Diese Aktivität ist auch vom Ausland her sinnvoll. Dann gibt es noch die klei-

nen Sabotageakte: langsam arbeiten, schlecht produzieren, Material und Energie verschleifen etc. Zuletzt: Die bewaffnete Propaganda! Diese ist zunächst nicht als militärische Offensive gegen die Junta angelegt, sondern als politische Aktion, als Propagandaaktion. Sie ist wichtig, um den Massen zu zeigen, daß es möglich ist, gegen die Junta zu kämpfen. Bei jeder dieser Aktionen wird daher die Junta geschwächt. Sie müssen spektakulär sein, um ihren Zweck zu erfüllen. Außerdem dienen sie - und das habe ich vorhin erwähnt - dem Schutz jeder politischen Aktion. Das ist alles, was wir in der derzeitigen Phase mit dem bewaffneten Kampf meinen.

OL: Wenn wir Dich richtig verstehen, so heißt die Losung vom bewaffneten Kampf, wenn sie heute in Chile gestellt wird, also keinesfalls: die Junta könne nur durch eine breite militärische Offensive des bewaffneten Volks hier und jetzt zu Fall gebracht werden? Nach Deinen bisherigen Ausführungen kann doch die Losung vom bewaffneten Kampf keinesfalls ein entscheidender Streitpunkt in der chilenischen Widerstandsbewegung sein, während diese Frage in der europäischen Linken sehr häufig zu Spaltungen in der Solidaritätsbewegung geführt hat.

V.R.: Ja, es sind kleinere Aktionen, die kein großes Ziel erreichen wollen, sondern nur ein kleines begrenztes. Etwa in einer kleinen Fabrik, wo ein paar bewaffnete Genossen die Fabrik besetzen, Flugblätter verteilen und eine kurze Diskussion veranstalten. Ein gutes Beispiel ist auch die Besetzung eines Werksbusses, in dem dann während der Fahrt politische Propaganda betrieben werden kann. Diese Aktionen sind nur von lokaler Bedeutung und ohne nationales Ziel. Der MIR und die gesamte Widerstandsbewegung glauben, daß jetzt nicht die Situation da ist, bewaffnet frontal gegen die Junta vorzugehen.

OL: Wenn also diese Frage in Chile heute von untergeordneter Bedeutung ist, empfindest Du es dann als sinnvoll, daß in Österreich Aktionseinheiten an dieser Frage scheitern?

V.R.: Ich verstehe nicht, warum diese Frage hier so wichtig sein kann. Für die Widerstandsbewegung und auch für den MIR ist diese Frage absolut unbedeutend. Das ist eine bloße Frage der Methode. Die wichtige Sache ist, welche Strategie man verfolgt, nicht die Taktik.



ERWIN REHEIS

Imst, Tirol

Aquarelle und Grafiken

15. Mai - 27. Juni 1975

GALERIE AUSTERLITZ

1090 Wien 9, Währinger Straße 57 - Telefon 42 50 654

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 14-19 Uhr, Samstag 10-13 Uhr

OL: Was sind eigentlich die entscheidenden Differenzen im chilenischen Widerstand heute? Und wie wirken sich diese Differenzen auf die Zusammenarbeit aus?

V.R.: Zuerst muß man verstehen, was diese Widerstandskomitees sind: Sie sind Aktionseinheiten an der Basis, nach den strengen Prinzipien der

Kampfziele bremsen: Sie sind auf legale Aktionen eingeschworen und kämpfen um eine Neuerrichtung der bürgerlichen Demokratie; sie wollen in einer neuen Regierung so weitgehende Konzessionen an die Bourgeoisie machen, daß sie Teile davon in die neue Regierung hineinnehmen wollen. Wir meinen, daß so eine Politik das Eingehen auf proletarische Bedürfnisse verhindert.

Die zweite Taktik zielt auf die Ver-

OL: In Chile ist es offensichtlich möglich, daß – abgesehen von allen politischen Differenzen – ein einheitliches Vorgehen gegen die Junta möglich ist. War es für Dich nicht erstaunlich, daß hier in Europa die Solidaritätsbewegung aufgesplittert und zerstritten ist? Und – im Zusammenhang damit – was kann nach Deiner Auffassung die Solidaritätsbewegung für den chilenischen Widerstand tun?

V.R.: Besonders erstaunlich war für mich, daß die verschiedensten linken Parteien und Gruppen alle für Chile arbeiten können, trotz aller strategischer Differenzen und obwohl sie nicht vereinigt sind. Sie haben sich nicht vereinheitlichen können, obwohl ihr Ziel ein ähnliches ist. Es ist ein politisches Phänomen – dieses Phänomen sollte einmal überdacht werden. Wir glauben, daß die Komitees in Zukunft eine engere Zusammenarbeit als Möglichkeit ins Auge fassen sollten.

Zu den Aufgaben und Zielen der internationalen Solidarität:

1. Wir begrüßen und bedanken uns für die Arbeit der linken Gruppen in Europa, für die weltweite Isolation der Junta und für die Freilassung der politischen Gefangenen.
2. Wir müssen die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß die neue Politik der Junta, die "Liberalisierung" mit neuen Ministern und der Freilassung einiger politischer Gefangener ein reines Täuschungsmanöver ist und für den Widerstand nichts verbessert, daß diese ganze Scheinliberalisierung nur eine Variante des alten Spieles ist. Wir müssen die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß noch immer politische Gefangene einfach verschwinden etc.
3. Wir hoffen und erwarten, daß die Solidaritätsbewegung stärker wird. Die konkreten Formen der Solidaritätsaktionen sollten wir jedenfalls gemeinsam besprechen, gemäß den Möglichkeiten, die die einzelnen Organisationen haben.

OL: Genosse Romeo, vielen Dank für das Interview.

Mit Victor Romeo de la Fuente sprach R.P.



Arbeiterdemokratie organisiert, d. h. es gibt natürlich die verschiedensten ideologischen Strömungen in ihnen, die sich auf einer gemeinsamen Basis treffen. Im Kampf gegen die Junta gibt es eben verschiedene strategische Implikationen. Die Differenzen wirken sich aber auf die Widerstandskomitees kaum aus, weil diese praxisbezogen sind – die gemeinsame Aktion wird durch die ideologischen Differenzen kaum erschwert. Tatsächlich gibt es heute zwei Taktiken in der chilenischen Linken. Ein Teil der Linken setzt heute auf die Kämpfe innerhalb der herrschenden Klasse, was nach Meinung des MIR dazu führt, daß dieser Teil die

ankerung der Avantgarde in ihrer proletarischen Basis ab, denn von dieser Basis aus muß die Initiative (für gesellschaftliche Veränderungen, d. Red.) gehen und nicht von Sektoren der Bourgeoisie. Jede sozialrevolutionäre Bewegung kann heute nur vom Proletariat geführt werden. In Zukunft, in einer neuen Situation, wenn sich die Situation entsprechend entwickelt, muß sich diese proletarische Macht auch in einer Volksarmee dokumentieren, deren Strukturen sich auf die Prinzipien der Arbeiterdemokratie verpflichten.

Dies sind die Differenzen, dies sind die Probleme, die heute vom chilenischen Volk diskutiert werden.

